

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Sonnabend

5. Juli 1924

Verlag und Anzeigenabteilung
Goldstraße 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Beruhigung in Paris.

Abwehr der poincaristischen Wühlereien.

Immer klarer tritt der hier von Anfang an geäußerte Verdacht hervor, daß der Zwischenfall des Einladungs-schreibens zur Londoner Konferenz lediglich auf nationa-listische Machenschaften zurückzuführen ist. Anhänger Poincarés im Parlament, in der Presse und in der Diplo-matie haben in geschicktem Zusammenspiel sowohl der Regie-rung Herriot wie auch der Londoner Konferenz ein Bein stellen wollen, über das, wenn es nach ihren Wünschen ginge, außerdem noch die Regierung Macdonald gestolpert wäre.

Ebenso schnell wie der Zwischenfall entstanden war, scheint er wieder abgeflaut zu sein: die durch den eng-lischen Unterstaatssekretär Sir Eyre Crowe an Herriot gerichtete telegraphische Klärung, wonach das Einladungs-schreiben nur die englische Auffassung dargelegt habe, ist während der Sitzung der Kommissionschüsse verlesen worden und hat die mehr oder minder aufrichtig erregten Gemüter schnell beruhigt.

Auch die französische Linkspresse, die sich zunächst durch den Vorstoß der poincaristischen Blätter hatte über-rumpeln lassen, geht jetzt zum Gegenangriff über und fordert Herriot auf, im Duai d'Orsay mit seinen hinterlistigen Gegnern aufzuräumen. Es ist nämlich durchsichtig, daß der Vorstoß des „Echo de Paris“, des „Journal“ und des „Matin“ nur mit Hilfe von Indiskretionen von Anhängern Poincarés in amtlicher diplomatischer Stellung erfolgen konnte, die ihre amtlich-vertrauliche Kenntnis des englischen Einladungs-schreibens dazu benutzten, einen Presseüber-fall auf Herriot zu inszenieren. Vermutlich haben dabei nicht nur französische Diplomaten (z. B. kommt der römische Bot-schafter Barrère, der sowieso durch Herriot abgebaut werden soll, hierfür stark in Frage, ebenso der Generalsekretär des Pariser Auswärtigen Amtes Peretti della Rocca), sondern der Verdacht liegt nahe, daß auch gewisse belgische Minister ihre Hand mit im Spiel hatten.

Sehr scharf, drastisch und treffend urteilt der „Daily Tele-graph“ über die ganze Angelegenheit:

„Die englische öffentliche Meinung hat ein Verständnis für die hysterischen Wutausbrüche, mit denen man in Frankreich jetzt den gerechten Wunsch Englands begrüßt hat, seine Alliierten vor der Londoner Konferenz darüber zu informieren, welche Vor-schläge das vorstehende Land (England) auf der Londoner Konferenz machen wird.“

Die ganze Aufregung in Paris sei nichts weiter als ein Versuch der Poincaré blindergebenen Beamten des französischen Auswärtigen Amtes, die Londoner Konferenz durch künstlich konstruierte Miß-verständnisse zum Scheitern zu bringen.“

Eine authentische Wiedergabe des Inhalts des famosen Einladungs-schreibens ist zum ersten Male durch ein offizielles italienisches Kommuniqué der Stefani-Agentur an-läufig einer Besprechung im italienischen Auswärtigen Amt erfolgt. In einem WTB-Telegramm aus Rom heißt es:

Ueber den Inhalt dieser Einladung teilt die Agenzia Stefani mit, Macdonald und Herriot sind der Ansicht, daß es nötig sei, mög-lichst bald eine kleine Konferenz der Alliierten einzuberufen mit dem Ziel, sich über die Verwirklichung der Vorschläge des Dawes-Gutachtens zu einigen. Die Fragen der Sicherheit und der inter-alliierten Schutten werden auf der nächsten Konferenz noch nicht besprochen und sollen erst zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden.

Der Hauptpunkt der Konferenz wird also in einer Ein-igung bestehen über einen Vertrag, der formell die beteiligten Parteien zur Ausführung der verschiedenen Vorschläge des Dawes-

Planes verpflichtet und der von den Alliierten und Deutschland unterzeichnet wird.

Dieser Vertrag könnte die Form eines Protokolls haben, um den Schein zu vermeiden, daß auf Seiten der Alliierten der Wunsch bestehe, den Versailler Vertrag abzuändern.

Die englische Regierung hofft in diesem Protokoll einen Zeit-punkt festzulegen, bis zu welchem Deutschland seine Ge-seße und übrigen Maßnahmen, die es ergreifen muß, durchgeführt hat, und einen weiteren Zeitpunkt, der

vielleicht zwei Wochen nach dem ersten

liegen könnte, bis zu welchem die wirtschaftlichen und fis-kalischen Sanktionen, die zurzeit in der deutschen Gebieten in Kraft sind und die die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands beeinträchtigen, zurückgezogen werden sollen.

Das Einladungs-schreiben schlägt weiter vor, daß in dem Proto-koll eine Maßnahme festgelegt wird, die

im Falle einer schweren Nichterfüllung eine Stelle bestimmt,

die über diese Nichterfüllung selbst entscheiden soll. Die Verpflich-tungen, die Deutschland nach dem Dawes-Plan zu erfüllen hat, werden denen des Versailler Vertrages übergeordnet sein und insoweit es der britischen Regierung richtig, daß die Aufgabe, über eine schwere Nichterfüllung zu entscheiden, nicht der Reparationskommission anvertraut werden kann, da die Aufgaben dieser Kommission genau durch den Versailler Vertrag begrenzt sind. Aus diesem Grunde hat man vorge-schlagen, den

Finanzausschuss des Völkerbundes

in Anspruch zu nehmen. Das Protokoll müßte außerdem eine Klausel enthalten, um alle Meinungsverschiedenheiten in der genauen Auslegung seiner Strafbestimmung dem internatio-nalen Schiedsgerichtshof zu unterbreiten. Die britische und französische Regierung wünschen lebhaft, jede Art von Eindeut-zu vermeiden, als ob diese Fragen ohne vorherige Beratung mit ihren anderen Alliierten bereits derartig endgültig unter sich geregelt seien. Nur die hier angeführten Grundgedanken wurden zwischen Herriot und Macdonald erörtert, aber keinerlei Abkommen wurde unter ihnen geschlossen und selbst nicht vorgeschlagen. Deshalb läßt die englische Regierung die italienische ein, an der Zusammen-kunft in London am 16. Juli teilzunehmen.

Sodann teilt das italienische Kommuniqué mit, daß die italienische Regierung die englische ersucht hat, den Ent-wurf eines solchen Protokolls bzw. Vertrages vorher den Teilnehmern zu überreichen. Italien schlägt vor, daß, un-mittelbar nachdem die Alliierten unter sich einig sein werden, auch Deutschland eingeladen werde, „und zwar zum Zwecke von Verhandlungen und Erörte-rungen und nicht, um es einem Diktat gegen-überzustellen entweder zur Annahme oder zur Ablehnung“.

Diese Anregung der italienischen Regierung entspricht zweifellos auch den Absichten nicht nur Macdonalds, sondern ebenfalls Herriots. Man kann nur die Regierung Mussolini dazu beglückwünschen, daß sie sich in Fragen der europä-ischen Politik so demonstrativ gegen die Politik der gewaltsamen Diktate ausspricht; man möchte jedoch gerade im Interesse einer stärkeren moralischen Resonanz ihres Standpunktes wünschen, daß sie diese Abneigung gegen die Gewalt auch in ihrer inneren Politik sichtbar betätige. . .

Kopie soll der Anklagebehörde demnächst vorgelegt werden und den Ausgangspunkt der Vernehmung aller leitenden Männer des Innen-ministeriums bilden. Nach der gleichen Zeitung ist ferner, entgegen dem offiziellen Dementi, General de Bono in seiner Wohnung von der Anklagebehörde vernommen worden. Er wird auch noch weiter verhört werden. Der Staatsanwalt Crisafulli hat, wie ver-lautet, telegraphisch bei der italienischen Botschaft in London die letzte Nummer der englischen Zeitschrift „English Clive“ angefordert, in der der bekannte Postum-Artikel Matteottis erschienen ist. Aus dem Auszug aus dem Artikel soll Crisafulli Verdacht geschöpft haben, daß der Inhalt des Artikels zur Aufklärung des Nordes beitragen könnte. Es sei möglich, daß einer der Auftraggeber in der Hoch-finance oder in den großen Trusts zu suchen sei.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

London, 5. Juli. Am nächsten Montag wird im Unterhaus eine große Debatte über die englisch-russische Konse-renz stattfinden. Man rechnet mit lebhaftesten Angriffen der Konser-vativen. Es wird erwartet, daß bis nächsten Montag die Verhand-lungen mit den Sowjetbelegierten zu einem gewissen Abschluß ge-kommen sein werden und daß zumindest ein Handelsvertrag abgeschlossen sein wird.

Die britisch-türkischen Verhandlungen über die Grenzfestsetzung zwischen dem Königreich Irak (Mesopotamien) und der Türkei sind endgültig gescheitert. Die Angelegenheit wird nun vor den Völkerbund gebracht. — Die englische Regierung hat ein Memorandum des Erzbischofs von Extern, worin dieser die Unabhängig-keit der Insel forderte, in ablehnendem Sinne beantwortet.

Um den Achtstundentag.

Der brave Pinot und der böse Godart.

Dem reaktionären deutschen Unternehmertum sind alle Mittel und alle Bundesgenossen recht, um zu einer Beseiti-gung des verhassten Achtstundentages zu gelangen. Es ist noch in Erinnerung, wie bei Abbruch des Ruhrkampfes die west-fällischen Zeichenbesitzer eine von Hugo Stinnes geführte De-legation zu General Degoutte sandten, um dessen Unter-stützung bei der Ausrückung des Achtstundentages in den Ruhrbergwerken zu erlangen. Später haben es die deutschen Arbeitgeber verstanden, den Vertretern der französischen Unternehmer im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeits-amtes, Pinot, zu der Auffassung zu „belehren“, daß Deutsch-land seine Reparationsverpflichtungen nur unter Aufhebung der achtstündigen Arbeitszeit erfüllen könne, und daß ihm daher auf diesem Gebiete freie Hand gelassen werden müsse. Diese Belehrung des Herrn Pinot, der selbst ein Führer des französischen Schwerindustriellen-Comité des Forges ist, dürfte um so leichter gewesen sein, als die franzö-sischen Industriellen gleichfalls die Abschaffung des Ach-tstundentages betreiben, und dazu als wichtigstes Argument die Abschaffung der achtstündigen Arbeitszeit in Deutschland benötigen.

Seit zwei Jahren erleben wir nämlich das widerwärtige Spiel, daß die reaktionären Unternehmer aller Länder mit Hilfe der von ihnen gefaßten Presse den Ach-tstundentag im eigenen Lande dadurch abzubauen versuchen, daß sie behaupten, im Nachbarlande sei er bereits abgebaut. Die Deutschen behaupten es von den Franzosen, die Franzosen von den Deutschen, die Belgier von den Deutschen, die Deut-schen von den Belgiern, die Engländer von den Franzosen, die Franzosen von den Engländern usw. usw. Und süßen tun sie allesamt. Oder vielmehr: sie durchlöchern alle-samt im gegenseitigen Einverständnis den Ach-tstundentag, um dadurch Argumente für dessen baldige völlige Abschaffung zu gewinnen; und in Erwartung dieses geleg-neten Tages hintertreiben sie damit systematisch die Rati-fizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens.

Herr Pinot gehört zu den Leuten, die zur Ruhrbe-seßung getrieben haben, weil ihre Eisen- und Kohlen-kombinationen am Widerstand der deutschen Schwerindustrie gescheitert waren; er gehört ferner zu den Leuten, die für die Aufbäumung der Micum-Lasten verantwortlich sind. Aber da er sich zu der Rolle des Kronzeugen für die Notwendigkeit der Abschaffung des Achtstundentages in Deutschland im Zu-sammenhang mit der Reparationsfrage hergegeben hat, ist er in den Augen der großen Patrioten der deutschen Schwer-industrie ein braver Mann, der volles Verständnis für die Räte des deutschen Volkes besitzt. In einem der gegen-wärtig in Genf tagenden internationalen Arbeitskonferenz gemeldeten Artikel bringt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ beinahe ein dreifaches Hoch auf ihn aus, ebenso auf einen nicht genannten belgischen Regierungsvertreter, der gleichfalls für die Aufhebung des Achtstundentages in Deutsch-land plädiert hat.

Dagegen ist der neue französische Arbeitsminister Justin Godart, der sich ebenso wie der Direktor des Internatio-nalen Arbeitsamtes Albert Thomas für die internationale Ratifizierung des Achtstundentages im Namen des sozialen Fortschritts und gegen die Behauptung sich ausgesprochen hat, daß die Ausführung des Sachverständigen-gutachtens nur unter Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland möglich sei, ein Heuchler und ein Schuft. Aber der noch größere Schuft ist in den Augen der „D.A.Z.“ natürlich der deutsche Arbeitnehmervertreter in Genf, unser Genosse Hermann Müller-Lichtenberg, der in gemeinsamer Front mit den Arbeitnehmervertretern der ganzen Welt für die Rati-fizierung des Washingtoner Abkommens auch durch Deutschland eintrat. Die „D.A.Z.“ führt gegen Müller einige Anwürfe des halbgelben Stegerwaldschen „Deutschen“ ins Feld, der versucht hatte, den Genossen Wissell gegen Genossen Müller auszuspielen.

Dieser Versuch der Stegerwald-Brauns-Clique, Zwietracht in die Reihen der deutschen Arbeiterkraft zu tragen, wird trotz der Beihilfe des Stinnes-Organs kläglich scheitern. Denn, wenn es einen Punkt gibt, über den in der gesamten deutschen Arbeiterschaft einschließlich des größten Teiles der Zentrums-arbeiter volle Einmütigkeit herrscht, so ist es der, daß die Ausführung des Sachverständigen-gutachtens nicht zu einem Vorwand für das Unter-nehmertum werden darf, den Achtstundentag abzuschaffen.

Im „Manchester Guardian“ vom 3. Juli wird im Zu-sammenhang mit der Zusammenkunft zwischen den Arbeits-ministern Englands und Frankreichs, Tom Shaw und Justin Godart, in Paris die Notwendigkeit einer mög-lichst gleichzeitigen Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens in den vier Ländern England, Frankreich, Deutschland und Belgien ausführlich behandelt. Das große liberale Blatt hat sehr klar erkannt, daß die Frage des Achtstundentages für das deutsche Unternehmertum eine Frage der Lastenverteilung oder vielmehr der ein-seitigen Lastenabwälzung auf die Schultern der deutschen Arbeiterklasse geworden ist. Das liberale Blatt spricht die Hoffnung aus, daß es den beiden Arbeitsministern gelingen wird, die deutsche Regierung davon zu überzeugen, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens im allgemeinen Interesse liege.

Die Konferenz von Cleveland.

Casollette nimmt die Präsidentschaftskandidatur an.

Cleveland, 5. Juli. (Durch Funkpruch, WTB.) Casol-lette hat in einem Brief an den Konvent der Konferenz für fort-schrittliche politische Aktion die Aufforderung des Konvents, sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen, ange-nommen. Casollette sagt in seinem Brief, die Zeit sei reif für eine freibare politische Bewegung, die von den alten Parteien un-abhängig sei und den Bedürfnissen der großen Volksmassen ent-spreche.

Faschistische Neuorganisation.

Rom, 5. Juli (WTB.) Der faschistische Nationalrat ist auf den 20. Juli nach Rom einberufen worden, um über die Neuorganisation der Partei zu beraten.

Die Untersuchung gegen die Mörder.

Rom, 5. Juli. (EB.) Die Untersuchungsbehörde im Raitte-otti-Prozess hat gestern den früheren Presschef Rossi mit Filippelli und Marinetti konfrontiert. Die Konfrontation soll heute fortgesetzt werden. Später fand eine Vernehmung des Unterstaatssekretärs Finzi statt, die zwei Stunden dauerte. Der Unterstaatssekretär Finzi hat, wie zwei Stunden dauerte. Der Unterstaatssekretär Finzi hat, wie zwei Stunden dauerte. Der Unterstaatssekretär Finzi hat, wie zwei Stunden dauerte.

